

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

07. Dezember – 13. Dezember 2024

Mit François Bayrou hat Frankreich wieder einen neuen Premierminister. Emmanuel Macron hat den Vorsitzenden der Partei *Mouvement Démocrate*, ein treuer Alliiertes in den Macron-Regierungen, am 13. Dezember zum neuen Premierminister ernannt. Nach Informationen von *Le Monde* hatte Macron Bayrou am Freitagmorgen zunächst angeboten, als Stellvertreter in einer von Roland Lescure von Macrons Partei *Renaissance* geführten Regierung zu wirken. François Bayrou lehnte dies ab und drohte wohl damit, die Koalition des Präsidenten zu verlassen. Angesichts der Möglichkeit einer Blockade und eines Bruchs mit einem wichtigen Verbündeten änderte Emmanuel Macron schließlich seine Meinung und entschied sich für die Ernennung von François Bayrou.

Am 12. Dezember ist Staatspräsident Emmanuel Macron nach Polen gereist, um mit dem polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk u.a. über den Einsatz einer europäischen Friedensmission an der Ostflanke der Ukraine zu diskutieren. Tusk lehnt eine solche ab, er erklärte im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Emmanuel Macron, dass „Entscheidungen über polnische [militärische] Aktionen in Warschau und nur in Warschau getroffen werden. Derzeit planen wir keine derartigen Aktionen“. Macrons Polenbesuch war aufgrund der politischen Lage in Frankreich deutlich verkürzt worden.

Die zurückgetretene Regierung trägt weiterhin die Verantwortung für die laufenden Regierungsgeschäfte und verteidigt den Entwurf eines Sondergesetzes für den Haushalt. Der Text des Sondergesetzes wurde am Donnerstag, den 12. Dezember vom Finanzausschuss verabschiedet und wird am Montag, den 16. Dezember, im Parlament debattiert. Es besteht weiterhin Unklarheit darüber, ob auch die Anpassung der Schwellenwerte der Einkommensteuertabelle an die Inflationsrate debattiert wird. Eine solche Anpassung könnte Millionen von Franzosen vor Steuererhöhungen bewahren. Die Abgeordneten der *Neuen Volksfront* und des *Rassemblement National* streben die Aufnahme dieser Maßnahme in den Gesetzesentwurf an. Die Entscheidung über die Zulässigkeit der Prüfung im Plenarsaal obliegt jedoch der Präsidentin der Nationalversammlung, Yaël Braun-Pivet, welche der macronistischen Fraktion *Ensemble* angehört. Die Entscheidung darüber wird im Laufe des Wochenendes getroffen. In einer Entscheidung vom Dienstag, dem 10. Dezember, stellte der Staatsrat klar, dass die Anpassung an die Inflation nicht in das Sondergesetz, sondern lediglich in einen regulären Haushalt aufgenommen werden dürfe. Das Sondergesetz erlaubt die Fortführung der im Jahr 2024 beschlossenen Steuererhebungen sowie die Vornahme der für die Funktionsfähigkeit des Staates erforderlichen Ausgaben per Dekret.

Die Renten werden zum 1. Januar 2025 um 2,2 % angehoben. Dies kündigte das Wirtschafts- und Finanzministerium am Dienstag, dem 10. Dezember an. Die Rentenerhöhungen werden zu Mehrausgaben in Höhe von € 6,5 Milliarden führen. Die zurückgetretene Regierung von Michel Barnier hatte ursprünglich eine geringere Rentenerhöhung in mehreren Schritten geplant. Etwas mehr als 14 Millionen Menschen werden von der Erhöhung profitieren.

Papst Franziskus und Staatspräsident Emmanuel Macron werden sich am Sonntag, dem 15. Dezember, in Korsika zu einem kurzen Austausch treffen. Im Zentrum der Gespräche werden die Ukraine, die Lage im Nahen Osten, der Klimawandel und die Herausforderungen im Zusammenhang mit der biologischen Vielfalt stehen. Nach Straßburg 2014 und Marseille 2023 erfolgt der dritte Besuch des Papstes in Frankreich im Rahmen des Kongresses über Religiosität im Mittelmeerraum. Ein Treffen im Rahmen der Wiedereröffnung von Notre Dame am vergangenen Wochenende kam nicht zustande. Franziskus bevorzugte es in Rom zu bleiben. Aus klerikalen Kreisen hieß es u.a., dass der Papst „der Kathedrale die Show überlassen“ wollte.

Die Möglichkeit, die für viele französische Arbeitnehmer wichtigen Essensmarken („Ticket-Restaurant“) auch 2025 weiterhin im Supermarkt einlösen zu können, ist laut der zurückgetretenen Regierung nicht mehr möglich. Während das aktuelle Gesetz die Einlösung gegen bestimmte Lebensmittel bis zum 31. Dezember 2024 erlaubt, wurde eine Verlängerung dieser Frist um zwei Jahre Ende November vom Parlament verabschiedet, aber noch nicht vom Senat angenommen. Der Sozialausschuss des Senats wollte sich am Mittwoch, dem 11. Dezember, mit der Verlängerung befassen. Voraussetzung dafür war jedoch das Vorhandensein einer Regierung. Da dies nicht der Fall war, erklärte Laurence Garnier, die scheidende Staatssekretärin für Verbraucherfragen, dass es nicht mehr möglich sein wird, das Gesetz vor Ende des Jahres zu verabschieden und die Essensmarken somit nicht mehr in Supermärkten eingelöst werden können.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Jordan Bardella wurde die Einstellung seines Kabinettschefs **François Paradol** als lokaler parlamentarischer Assistent vom Europäischen Parlament verweigert. Neun weitere Europaabgeordnete des RN, die im vergangenen Juli gewählt wurden, befinden sich angeblich in der gleichen Situation. In dem Ablehnungsschreiben wird auf die Gefahr hingewiesen, dass „die Mittel der Europäischen Union für andere Zwecke als die, für die sie bestimmt sind, verwendet werden könnten, insbesondere zugunsten einer politischen Bewegung“.

DIE ZAHL DER WOCHE

3	8	4	7
0	2	6	5
5	3	1	2
7	4	9	6
9	8	2	0
			1

80

Im Jahr 2023 wurden in sieben europäischen Ländern 120 terroristische Anschläge gezählt (98 verübte, 9 gescheiterte und 13 vereitelte). **80** dieser Anschläge wurden in Frankreich verübt. Auch wenn nicht alle Anschläge ausgeführt wurden, ist Frankreich mit dieser außergewöhnlichen Zahl das am stärksten vom Terrorismus betroffene Land. Diese Zahlen stammen aus einem Europol-Bericht, der am Donnerstag, den 12. Dezember veröffentlicht wurde und in dem auch vor der Ausbreitung islamistischer Propaganda in Europa und der Zunahme separatistischer Aktionen in Frankreich gewarnt wird.